

EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004



2009

Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

19.2.2007

MITTEILUNG AN DIE MITGLIEDER 2/2007

Betrifft: Vorstellung des beschäftigungs- und sozialpolitischen Programms der deutschen EU-Ratspräsidentschaft von Franz Müntefering, Bundesminister für Arbeit und Soziales, vom 23. Januar 2007

Der Minister erläuterte zunächst die Schwerpunkte des deutschen Ratsvorsitzes, um anschließend auf einige spezifischere Aspekte einzugehen. So sollen während dieser Präsidentschaft drei Schlüsselaspekte besonders vorangetrieben und weiterentwickelt werden:

- Die soziale Dimension der EU: ihre Definition, ihre künftige Entwicklung. Der Minister betonte die Bedeutung dieser Arbeit angesichts der hohen Priorität, die die EU-Bürger dem sozialen Charakter des europäischen Modells einräumen, sowie die Notwendigkeit, nach der langen Phase der Diskussionen zu handeln, auch mit dem Ziel, die soziale Dimension der EU sichtbarer werden zu lassen. Er sehe die zahlreichen Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten, aber auch Gemeinsamkeiten, auf die aufgebaut werden könne: Bedeutung des Sozialstaats und der sozialen Komponente im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft, Existenz von Tarifpartnerschaften, vorhandener Wirtschaftsliberalismus usw.
- Die gute Zusammenarbeit im sozialen Bereich: Dies sei ein wichtiger Punkt des informellen Treffens der Minister für Beschäftigung und Soziales vom 18. bis 20. Januar 2007 in Berlin gewesen: Definition „guter“ Arbeit: Frage der "fairen" Löhne, des Arbeitnehmerschutzes, der organisierten Rechte, der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, der beruflichen Bildung usw.
- Chancengleichheit: Zugang von Frauen zum Arbeitsmarkt, Zugang von Menschen mit Behinderungen und Umgang mit der Zuwanderung.

Franz Müntefering ging auf einige Fragen, die während des informellen Treffens der Minister für Beschäftigung und Soziales aufgeworfen worden waren, näher ein:

- Vorschlag von Vertretern der deutschen Arbeitgeber zur Einführung eines europäischen Moratoriums im Bereich Arbeitsrecht und Arbeitsmarkt, der bei den anderen Beteiligten auf große Ablehnung stößt
- Diskussion über den Begriff des „Arbeitnehmers“, der untrennbar mit der Arbeitsmarktfrage verbunden ist, mit Problemen unter anderem bei den Freiberuflern. Der Minister erinnerte an die Prekaritätsrisiken, denen diese ausgesetzt sind, und an die Gefahren, die sich dadurch für sie selbst und für die Gesellschaft insgesamt ergeben.
- Diskussion über die Internationalisierung des Arbeitsmarkts, insbesondere mit Blick auf die Zunahme der Anzahl der Arbeitnehmer in Europa und weltweit. Die EU werde diese Trends erörtern und versuchen müssen, auch auf sozialer Ebene darauf Einfluss zu nehmen.

Der Minister sprach anschließend über folgende Themen:

- „Flexicurity“ als Schlüsselinstrument europäischer Sozialpolitik. Dem Minister zufolge kann das Ziel der Beschäftigung nur durch die Vereinbarung von Flexibilität und Sicherheit erreicht werden, da es „totale“ berufliche Sicherheit nicht mehr gebe.
- Die großen Veränderungen der Gegenwart, denen die EU begegnen muss, darunter die Globalisierung, der demografische Wandel und die großen Wanderungsströme. Die EU müsse versuchen, sie besser zu berücksichtigen, ja zu beeinflussen, um sie besser zu gestalten. In diesem Zusammenhang ging der Vizekanzler kurz auf den deutschen Vorsitz der G8 und insbesondere auf den geplanten Sozialgipfel in Dresden ein, der sich mit der sozialen Dimension der Globalisierung befassen soll.
- Die Arbeitsmethode des Vorsitzes und insbesondere die engere Zusammenarbeit mit Slowenien und Portugal, um mehr Kontinuität zwischen den Arbeiten und Ratspräsidentenschaften sicherzustellen. Der Minister betonte zudem die Qualität der Zusammenarbeit mit dem finnischen Vorsitz. Schließlich brachte er seinen Wunsch nach einer engen Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und den Sozialpartnern, die bereits bei dem informellen Gipfeltreffen in Berlin anwesend waren, zum Ausdruck.
- Die Stärkung der Zusammenarbeit im sozialen Bereich: Erfahrungsaustausch, gegenseitiges Lernen, Tests usw. mit der offenen Koordinierungsmethode zwischen den Ländern, die gleiche Strukturen haben und sich in der gleichen Lage befinden und denen an gemeinsamen Lösungen gelegen ist.
- Die Frage der Rechtskraft der Ziele europäischer Sozialpolitik: Was tun, um sie verbindlicher zu machen, sodass sie von den Mitgliedstaaten unter Achtung ihrer Zuständigkeiten angewandt werden? Problem der Wechselwirkung zwischen der europäischen Sozialpolitik, bei der in der Regel die Mitgliedstaaten zuständig sind, den Fragen von Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit, die zu einem Großteil auf europäischer Ebene geregelt sind. In dieser Hinsicht hob der Minister hervor, dass es der Logik der Strategie von Lissabon entspreche, mehr soziale Zielsetzungen zu formulieren und sich darum zu bemühen, dass sie für die Mitgliedstaaten Gültigkeit erhalten.

Der deutsche Ratsvorsitz werde an mehreren wichtigen Themen arbeiten und versuchen, die Verhandlungen zu einigen Themen wieder in Gang zu bringen:

- Richtlinie zur Arbeitszeitgestaltung (Änderung der Richtlinie 2003/88/EG): Der Minister erinnerte an die Arbeit der Finnen an der Richtlinie und daran, dass diese Frage im Grünbuch zum Arbeitsrecht behandelt wird, und erklärte, dass die Kommission die einzelnen Mitgliedstaaten schriftlich um eine Bilanz ihrer nationalen Situation ersucht habe, wobei diese für ihre Antwort zwei Monate Zeit hätten. Anschließend seien einige Monate für öffentliche Aussprachen vorgesehen. Der Ratsvorsitz werde das Thema vielleicht zwischen Ende April und dem Monat Juni wieder aufgreifen. Das sei aber noch nicht sicher, da Deutschland einen erneuten Misserfolg in dieser Frage gern verhindern wolle.
- Richtlinie zur Portabilität von Zusatzrentenansprüchen: ein sehr wichtiges Thema, der dank der Arbeit des finnischen Vorsitizes Chancen habe, abgeschlossen zu werden. Besonders wichtig sei die Richtlinie für die privaten Zusatzrentensysteme. Die Menschen überall in Europa müssten davon überzeugt werden, sich diesen Systemen anzuschließen, wobei die Sicherheit der Anlagen im Falle von Konkurs oder Insolvenz des Systems zu garantieren sei.
- Verordnung über soziale Sicherheit: Koordination der Systeme mit Blick auf den freien Personenverkehr (Änderung der Verordnung Nr. 883/2004/EG): sie scheine auf gutem Wege zu sein, wenn es offenbar auch notwendig sei, die künftigen Entwicklungen zu verfolgen.
- Fragen des Wohlergehens und der Lebensqualität werden auf dem Frühjahrsgipfel erörtert; sie stellten eine Art Bewertungsbericht der Agenda nach Lissabon mit Schlussfolgerungen für den Zeitraum 2008–2010 dar. Dies sei im Jahr 2000 vorgesehen worden, um der Zukunft der Lissabon-Strategie eine gute Perspektive zu geben.
- „Flexicurity“: Es werde eine Mitteilung der Europäischen Kommission zu diesem Thema geben. Ferner werde am 16.3.2007 eine vorbereitende Konferenz in Brüssel stattfinden, bei der die Kommission ihr diesbezügliches Projekt genauer festlegen wolle.
- Fragebogen der Kommission an die Mitgliedstaaten über die Sozialdienstleistungen von allgemeinem Interesse: Es handele sich um ein kompliziertes Thema, genau so wie die Antworten, die darauf gegeben werden. Daher werde die Konsultationsphase sicherlich noch eine Weile dauern. Der Minister erhofft sich einen Bericht der Kommission zu diesem Thema in der zweiten Jahreshälfte.
- Grünbuch Arbeitsrecht: Dieses sei sehr wichtig und eine gute Grundlage für die Diskussionen bis Ende März. In den Monaten danach werde es Konsultationen geben, bei denen die Mitgliedstaaten die Vorschläge der Kommission erörtern und versuchen würden, einen politischen Kompromiss zu finden.

GENERALDIREKTION
INTERNE POLITIKBEREICHE

Anhang

Programm der während der deutschen Ratspräsidentschaft geplanten Fachkonferenzen:

8.2.-9.2.07	<u>Konferenz zum Europäischen Sozialmodell „Kräfte bündeln für ein soziales Europa“</u>	Nürnberg
6.3.07	<u>Konferenz zur Umsetzung von Artikel 7 der Rahmenrichtlinie 89/391/EWG, insbesondere in KMU</u>	Dortmund
14.3.-15.3.07	<u>Konferenz: Stärkung interkultureller Kompetenzen zur Vermeidung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit</u>	Lübeck
16.3.07	<u>Sozialpartner-Konferenz: „Beschäftigung und Sozialdialog im Rahmen der EuroMediterranen Partnerschaft“, in Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt und der Friedrich-Ebert-Stiftung</u>	Berlin
2.5.-3.5.07	<u>Konferenz: Qualität der Arbeit – Schlüssel für mehr und bessere Arbeitsplätze</u>	Berlin
4.5.-5.5.07	<u>6. Europäisches Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen</u>	Brüssel
7.5.-8.5.07	<u>Konferenz: Grenzwerte für chemische Stoffe am Arbeitsplatz – Gesunde Arbeitsbedingungen in der globalen Wirtschaft</u>	Dortmund
4.6.-6.6.07	<u>Politikforum Unternehmergeist</u>	Hannover
11.6.-12.6.07	<u>Europäische Konferenz zur Integration von Menschen mit Behinderungen</u>	Berlin
13.6.-14.6.07	<u>Konferenz: Mehr Erfolg durch effiziente Rechtsetzung</u>	Bonn
25.6.07	„Reden wir miteinander“: Diskussionen mit Mitgliedern des EuGH und dem Präsidenten des Bundesarbeitsgerichts mit folgenden Zielsetzungen: Beschreibung der unterschiedlichen Ebenen, auf denen dieses Recht geschaffen wird, und der Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Ebenen. Dabei geht es auch um eine gute Balance zwischen der Schaffung eines Politikrahmens und der Rechtsprechung, um die Auswirkungen der Rechtsprechung des Gerichtshofes und darum, voneinander zu lernen	Berlin
28.6.-29.6.07	<u>Konferenz: 50 Jahre Europäischer Sozialfonds – Rückblick und Perspektiven</u>	Potsdam